



*Politik der Schuld*. Berlin: Hamburger Institut für Sozialforschung, Deutsches Historisches Museum, 24.02.2005-26.02.2005.

**Reviewed by** Barbara Könczöl

**Published on** H-Soz-u-Kult (March, 2005)

Die Konferenz „Politik der Schuld“ Siehe das Programm unter <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=3440>>. hätte wohl zu keinem besseren Zeitpunkt abgehalten werden können. Derzeit herrscht in Deutschland wieder einmal geschichtspolitische Hochkonjunktur: Gedenken an die Bombardierung Dresdens vor 60 Jahren, NPD-Auftritt im sächsischen Landtag, „Untergang“ Hitlers und seiner Schergen als dekontextualisiertes Filmwerk im Kino, Streit um die „polnischen Vernichtungslager“ im EU-Parlament sowie nicht zuletzt historisch verzerrende, skandalheischende Vergleiche der heutigen Wirtschaftslage mit dem Ende der Weimarer Republik. Die Deutschen und ihre NS-Vergangenheit – das ist ein nun 60 Jahre währender Prozess der Selbstthematization der eigenen Geschichte. Auch wenn in den letzten Jahren häufig angenommen wurde, zumindest auf dem Gebiet der Vergangenheitsaufarbeitung könnten die Deutschen Vorbild im internationalen Vergleich sein, so lässt die Tagung „Politik der Schuld“ dieses Diktum zweifelhaft erscheinen. Letztlich ist die Geschichte der deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ vor allem eine Geschichte von Vermeidungen, Verdrängungen, selektivem Vergessen und Erinnern – und angesichts der Last von historischer „Schuld“ und tradiertem „Verantwortung“ zudem eine Geschichte des eigenen Opferdiskurses.

Die Tagungsorganisatoren hatten wohlweislich nicht den Begriff „Opfer“ in den Titel dieser

Veranstaltung aufgenommen, sondern den der „Schuld“. Dass auch „Schuld“ eine schwierige Kategorie sei, bemerkten jedoch viele Referenten. Was unter dem Ausdruck „Politik der Schuld“ zu verstehen ist, wurde leider nicht wirklich thematisiert. Während einige der Redner den Begriff „Schuld“ mit Karl Jaspers’ vier Schuld-Kategorien in Verbindung brachten Jaspers, Karl, Die Schuldfrage. Zur politischen Haftung Deutschlands, Heidelberg 1946 (zahlreiche Neuausgaben). , kam man auf der Tagung ohne die Erwähnung von Gesine Schwans Arbeit „Politik und Schuld“ aus, was sowohl bezüglich der Thematik als auch auf Grund der Titelähnlichkeit erstaunlich ist. Schwan, Gesine, Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt am Main 1997.

Nach einem Eröffnungsvortrag des polnischen Publizisten Adam Krzeminski suchte man sich der „Politik der Schuld“ in drei Abschnitten anzunähern. Zunächst sollte dem „Wie der Schuld“ auf die Spur gekommen werden. Der Konstanzer Makrosoziologe Bernhard Giesen stellte dem Konzept der „Schuld“ die Kategorie des „Traumas“ gegenüber. Die Idee der Schuld sei ein Phänomen des christlich-jüdischen Kulturkreises, das als gesellschaftliches Regulativ in anderen Kulturkreisen wie beispielsweise Japan nicht dieselbe Funktion innehatte. Der Begriff des Traumas bleibe nicht auf das „Opfertrauma“ beschränkt; vielmehr stellte Giesen dem „Opfertrauma“ ein

„Tätertrauma“ zur Seite. Kollektive Identität werde nicht nur durch triumphalistische gründungsmythische Erzählungen erzeugt. Auch die Gemeinschaft der Täter könne eine solche Einheit her- und darstellen. Vom sozialpsychologischen Konzept des Traumas kehrte Klaus Tanner (Halle) im nächsten Referat zur theologischen Aufarbeitung zurück. Er argumentierte in seinem Vortrag „Schuld und Kirche“, dass religiös inspirierte Schuldauferarbeitung keineswegs bei kollektivistischen Lippenbekenntnissen Halt mache, denn die christliche (protestantische) Lehre ermutige, ja erwarte stets auch eine individuelle Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vergangenheit. „Anklage“ und „Trost“ seien jene Kernmotive des Glaubens, die das ambivalente Verhältnis von Religion und Schuld am besten beschrieben.

Für eine Distanzierung von der Schuldkategorie plädierte auch Ulrich Bielefeld (Hamburg) in seiner Analyse einiger um das Begriffspaar „Schuld und Kollektiv“ kreisender Selbstthematizierungen in der Bundesrepublik. Aus der Trias „Schuld, Opfer, Täter“ eigne sich allein die Täter-Kategorie zur differenzierten Auseinandersetzung mit dem komplexen Erbe des „Dritten Reiches“, da sie eine individualisierte und damit differenzierte Perspektive zugleich verlange und ermögliche. Am Beispiel von Ernst von Salomons „Der Fragebogen“ (1951), Ernst Freyers „Gesellschaft und Kultur“ (1961) sowie Jörg Friedrichs „Der Brand“ (2002) umriss Bielefeld die lange Tradition im westlichen Nachkriegsdeutschland, kollektiv die „Schuld“ auf sich zu nehmen, was bei näherem Hinsehen jedoch entweder zur Selbststilisierung als „geachtetes und geächtetes“ Volk (Salomon), zur Identifikation als Opfer in Folge der „heroisch übernommenen Kollektivschuld“ (Freyer) oder zur historischen Gleichmacherei deutscher Opfer und Täter führen könne.

Neben der Diskussion um die Opfer alliierter Bombardierungen beherrscht nach wie vor das Schicksal der Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten die Vergangenheitsdebat-

ten im heutigen Deutschland, aber auch in den östlichen Nachbarländern. Die zweite Sektion war deshalb den deutschen, polnischen und tschechischen Vertreibungsdiskussionen gewidmet. Klaus Naumann (Hamburg) betrachtete die Vertriebenenthematik unter dem neuartigen Blickwinkel staatsrechtlicher Diskurse in der alten Bundesrepublik. Er führte in seinem sehr dichten Vortrag aus, wie eine staatsrechtliche Ambivalenz die späteren „Grotesken des Schuld diskurses“ quasi schon vorweggenommen habe. Diese Ambivalenz ergibt sich laut Naumann aus der bundesrepublikanischen Übernahme der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937). Dies habe die Bundesrepublik in einer Schwebelage zwischen Provisorium und Revisionsmacht gehalten. Zugleich habe die den Vertriebenen im politischen Raum zugestandene halbstaatliche Repräsentation die Entspannungsprozesse zu den östlichen Nachbarn behindert.

Unter dem Blickwinkel der Generationenabfolge analysierte Norbert Frei (Bochum/Jena) den Umgang der (West-)Deutschen mit der Schuld; dieser Vortrag eröffnete das dritte Panel mit der Überschrift „Abstrahierung und Verzeitlichung“. Das Schuldverständnis der Deutschen lässt sich laut Frei nur nachvollziehen, wenn man seine Wechselwirkung mit der Generationenabfolge berücksichtigt. Nachdem die Deutschen zunächst eine Phase der Schuldverweigerung (1945–1955) und eine darauf folgende der Schuldbearbeitung (1955–1989) durchlaufen hätten, seien sie nun bei der Schuldkompensation angekommen (seit 1990). Für die Zeit nach der deutschen Einheit diagnostizierte Frei einen vermeintlichen Abschluss der Schuldbearbeitung. Dieser sei mit dem Bedürfnis gepaart, sich mit den vormals als schuldig vermuteten Eltern und Großeltern zu versöhnen. Damit gehe ein neues Opferbewusstsein einher; es herrsche heute eine regelrechte „Opferkonkurrenz“. Frei stellte klar, dass die in den öffentlichen Debatten um den Bombenkrieg immer wieder geäußerte Meinung, dass endlich Tabus gebrochen

werden müssten, ein Skandal sei, der letztendlich den Rechtsradikalen zu Gute komme.

Die derartigen Diskursen zugrunde liegende weit verbreitete Unfähigkeit, neben der Trauer um die eigenen Opfer mit Empathie und Respekt das Leid zu thematisieren, das anderen Völkern, politischen Gegnern und „Feinden der Volksgemeinschaft“ angetan wurde, unterminiert bis heute die Verständigung der Deutschen mit ihren (östlichen) Nachbarn. Im zweiten Panel machten Jörg Bömelburg (Lüneburg) und Jan Pauer (Bremen) dies mit zwei ausgezeichneten Vorträgen über die deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Geschichtsdebatten deutlich, deren gemeinsamer roter Faden wohl das Nebeneinander der „nationalen Monologe“ (Bömelburg) war. Vor allem der Bund der Vertriebenen sowie dessen Protégés (z.B. aus der CSU) und gemäßigten Unterstützer (z.B. Peter Glotz, SPD) haben dafür gesorgt, dass eine gemeinsame Position zu den Kriegs- und Vertreibungsverbrechen des 20. Jahrhunderts immer noch nicht gefunden werden konnte. Vielmehr „rezensiert man sich gegenseitig“ (Pauer), was vor allem im deutsch-tschechischen Streit um die Beneš-Dekrete sichtbar wurde. Auch werden Veränderungen in den nationalen Geschichtsdiskursen Ostmitteleuropas im Westen bis heute weitgehend ignoriert. Bömelburg wies nachdrücklich darauf hin, dass inzwischen auch in Polen ein differenzierterer Umgang mit den dunklen Flecken der eigenen Vergangenheit (Stichworte Antisemitismus, Jedwabne) und dem Problemfeld Vertreibung stattfinde.

Ähnlich wie der Begriff „ethnische Säuberung“ im Zusammenhang mit der Vertriebenenproblematik zur retrospektiven Relativierung der deutschen Verbrechen dienen kann, beobachtet der Soziologe Daniel Levy (New York) eine Verwässerung des Holocaust in Folge der „Globalisierung“ des Gedenkens. Die internationaler werdende Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden habe seit den 1970er-Jahren einerseits zur Folge gehabt, dass das Blickfeld auch für

andere „Genozide“ erweitert und damit die Einmaligkeit des Holocaust zumindest implizit hinterfragt worden sei. Zum anderen habe die rhetorisch-moralische und politisch-praktische Vereinnahmung der „Lehren aus Auschwitz“ zur direkten Instrumentalisierung von „Schuld“ und Holocaust geführt. Prominentes Beispiel war für Levy die Argumentation von Bundesaußenminister Fischer im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg 1999. An diesem Beispiel lasse sich auch die ambivalente Funktion von Erinnerung zeigen: Globalisierung bzw. Kosmopolitisierung des Gedenkens bei gleichzeitiger „Renationalisierung“ der vermeintlichen Geschichtslehren (Levy).

Jan Philipp Reemtsma (Hamburg), der die dritte Sektion und die gesamte Tagung abschloss, griff noch einmal eine aktuelle geschichtspolitische Auseinandersetzung auf: den Streit um die „Flick-Collection“ in Berlin. Weder Schuld noch Verantwortung seien vererbbar, so Reemtsma. Vielmehr sollten jene öffentlichen Personen, die durch ihre Familien- oder Firmengeschichte mit einem Erbe aus der NS-Zeit „belastet“ seien, ein rechtes Maß an Gespür aufbringen, d.h. sich weder wundern, wenn dieses Erbe und der Umgang damit thematisiert werde, noch sich freuen, wenn diese Problematisierung ausbleibe. Die politische Kultur Deutschlands habe für den Umgang mit „schuldhafter“ Geschichte jedoch eine „Aporieformel“ erfunden: Man bekenne sich zur „Verantwortung“ und lasse zugleich offen, worin diese bestehe. Auch hier bietet sich Reemtsma zufolge ein aktuelles Beispiel zur Illustration an: Das Holocaust-Mahnmal in Berlin-Mitte „kann alles und nichts bedeuten“. Beliebiger werde so geschichtspolitisches Programm. Die abschließende These Reemtsmas, dass es oft „lediglich“ auf Sensibilität für Stil und Takt ankomme, war eine feinfühligere, selten so formulierte Ermahnung.

Trotz der hohen Qualität der Vorträge sollen zwei formale Defizite und zwei inhaltliche Probleme dieser Tagung erwähnt werden. Der polnische Intellektuelle Adam Krzeminski wurde bei seiner

Eröffnungsrede nicht vorgestellt, was auch nicht gerade von Stil zeugte. Das gewohnheitsmäßige Überschreiten der Redezeit durch viele Vortragende ist nicht nur Zeichen mangelnder Organisation des eigenen Materials, sondern auch Ausdruck mangelnden Interesses an einer lebhaften, mehr als oberflächlichen Diskussion im Publikum.

Schwerwiegender war jedoch, dass keine einzige Frau unter den Vortragenden war, obwohl es auf diesem Gebiet ausgewiesene Expertinnen gibt (Gesine Schwan, Aleida Assmann, Ute Frevert, Ursula Heukenkamp, Ulrike Jureit u.a.), die den gebetsmühlenartigen Hinweis auf eine „Quote“ gänzlich überflüssig machen würden. Hätten die Veranstalter dies berücksichtigt, so hätte Ulrich Bielefeld am Ende der Tagung auch nicht die „Schuld“ auf sich nehmen müssen, keine Frauen als Vortragende eingeladen zu haben, wie er es selbst formulierte.

Ebenso unbegreiflich ist der Rückfall in einen ausschließlich westdeutsch orientierten Geschichtsblick, der diese Konferenz (mitten im früheren Ostteil Berlins!) von den meisten anderen derzeitigen Veranstaltungen negativ abhob. Nicht ein Referat bezog sich auf die DDR-Geschichtspolitik; das ambivalente Erbe des Antifaschismus wurde von Norbert Frei nur kurz und auf Nachfrage gestreift. Eine Tagung, die ausdrücklich die Brücke zur Gegenwart schlagen möchte, kann eigentlich nicht umhin kommen, nach dem geteilten Erbe der deutschen Vergangenheit im vereinten Deutschland zu fragen. Zu diskutieren wäre etwa, inwieweit die Ostdeutschen zumindest teilweise zentrale Inhalte des westdeutschen Vergangenheitsdiskurses samt der Legende vom Verbot des Opfergedenkens einfach übernommen haben, bzw. worin ein spezifisch ostdeutscher – also mit dem DDR-Erbe zu erklärender – Anteil an den heutigen Debatten liegt. Nicht zuletzt angesichts der ideologischen Erfolge der NPD in Sachsen bleibt dies erklärungsbedürftig.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

**Citation:** Barbara Könczöl. Review of *Politik der Schuld*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. March, 2005.

**URL:** <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=28853>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.